Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen
Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.
Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Einundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle, Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstellen Markt 24.

Nr. 128. **Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 16. März** **1907.**

Des Kanzlers Programm.

Es ist gewiß eine heikle Mission, vor einer corona von konservativen Landwirten, zum großen Teil sogar bündlerischen Agrariern, ein Programm liberaler Reformen zu entwickeln. Als Fürst Bülow sich dieser Aufgabe unterzog, war er sich der Schwierigkeit ihrer Ausführung recht wohl bewußt und man braucht es ihm daher nicht allzu übel zu nehmen, wenn er seiner Rede einige recht krasse agrarische Lichter aufsetzte. Denn schließlich ist doch nicht ein einzelnes Wort, das bei einer festlichen Gelegenheit gesprochen wird, die Hauptsache, sondern das, was bei der kommenden gesetzgeberischen Aktion für den Liberalismus herauskommt. Ganz entschieden war trotz des agrarischen Brillantfeuerwerks, das vor den Herren vom Landwirtschaftsrat abgebrannt wurde, die Kanzlerrede eine herzhafte Tat. Es gehört wenigstens Mut dazu, gewissermaßen in die Höhle des agrarischen Löwen hineinzugehen und den dräuenden Bestie die von ihren Zähnen halb zerfleischte Börse unter anmutigem Getändel zu entreißen. Dies Kunststück politischer Dressur hat der Reichskanzler bei der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats versucht. Hoffentlich kehrt er mit Beute beladen als Sieger ins Parlament zurück. Daß er sich übrigens gerade die Börsenreform als Probe auf das Exempel der konservativ-liberalen „Paarung" ausgesucht hat, beweist, daß mit der neuen Aera tatsächlich Ernst gemacht werden soll. Und so ist, trotz aller Freundschaftsbezeugungen und Versicherungen gegenüber dem Agrarismus das Fazit der Kanzlerrede kein allzu ungünstiges.

Gewiß ist Fürst Bülow in seiner seitherigen siebenjährigen Tätigkeit ein agrarischer Reichskanzler gewesen. Diese Seite seines Wesens hat man auf liberaler Seite niemals verkannt. Er hat mit Posadowsky die Erhöhung der Zolltarife und den Abschluß der Viehseuchenkonvention durchgesetzt, er hat mit Podbielski die Oeffnung der Grenzen gegen die Vieheinfuhr verweigert. Von liberaler Seite wurde seine Passivität gegenüber berechtigten Forderungen des Volkes auf Verbilligung der Nahrungsmittel scharf und lebhaft kritisiert. Daß Fürst Bülow diese agrarische Wirtschaftspolitik, die er im Interesse von Landwirtschaft und Industrie für ersprießlich hält, fortsetzen wird, damit muß man leider rechnen. Natürlich wird der Liberalismus nach wie vor mit Nachdruck eine Aenderung des Wirtschaftsprogramms fordern, aber in der Forderung auf Aenderung dieser wirtschaftlichen schutzzöllnerischen Tendenzen erschöpft sich das liberale Programm nicht und was bereits unter den gegenwärtigen parlamentarischen Verhältnissen möglich ist, an liberalen Forderungen, die abseits von der landwirtschaftlichen Schutzpolitik liegen, zu verwirklichen, das soll und muß unter Ausnutzung der politischen Konstellation verwirklicht werden. Dahin aber gehört in allererster Linie die Börsenreform, die hoffentlich das erste größere Werk werden wird, mit dem der Fürst dem Liberalismus entgegenkommt. Fürst Bülow rechnet darauf, daß die Landwirtschaft einsehen lernt, daß ihre Interessen mit einer Gesundung der Börse in keinem Widerspruch stehen. Die gegenteilige Ansicht war geflissentlich vom Bunde der Landwirte gezüchtet worden und darum hat er sich gleich mit diesem auf der Tagung des Landwirtschaftsrats auseinandergesetzt. Er warf dem Bunde vor, daß er nicht klug, nicht mit politischem Geschick, nicht unter Anerkennung der berechtigten Forderungen anderer Erwerbsstände verfahre, und er hofft, daß die Landwirte seinem Standpunkt Gerechtigkeit und Billigung widerfahren lassen werden, wenn er nun, nach Abschluß der agrarischen Schutzpolitik, es sich zur Aufgabe macht, das wohlerwogene Gesamtinteresse des Landes sich zur Richtschnur zu nehmen. Dafür ist der Liberalismus von jeher eingetreten. Er hat das Gemeinwohl, getragen durch die Förderung der Interessen **aller** einzelnen Erwerbstände, auf seine Fahne geschrieben; leider bekennt sich der agrarische Reichskanzler recht spät zu diesem wohlerwogenen Gesamtinteresse, aber daß er jetzt im Interesse der Gesamtheit vorgehen will, das ist kein Grund, ihn gerade in diesem Augenblick besonders zu tadeln.

Sehr richtig war, was er zur Beseitigung der Scheuklappen anführte, mit denen der Bund der Landwirte die agrarische Bevölkerung versehen hat. Notwendige Konzessionen rechtzeitig zu bewilligen, nannte er eine große Weisheit der englischen Aristokratie. Mögen die Junker davon lernen. Mögen die Landwirte einsehen, daß ihnen damit nicht im geringsten gedient ist, wenn der Handel deshalb zerrüttet wird, weil eine verkehrte Börsengesetzgebung Treu und Glauben im Geschäftsverkehr erschüttert, weil eine falsche Börsenpolitik die deutsche Börse in einen inferioren Zustand gegenüber den Börsen des Auslandes geraten läßt, weil sie einen hohen Bankdiskont herbeiführt, die Aktionsfähigkeit der Pariser und Londoner Börse gegenüber der Berliner steigert, das deutsche Kapital ins Ausland drängt und die Aufsaugung der kleinen Banken bewirkt. Diese Stellungnahme des Reichskanzlers ist ein beträchtlicher Fortschritt.

Die Agrarier werden auch aus seiner Rede entnommen haben, daß der weitere Schutz des sogenannten „nationalen Schweines" vor „Pestilenz", daß das Vorgehen der Regierung zur Beseitigung des Arbeitermangels durch planmäßige Ansiedlungen und Seßhaftmachung der Arbeiter, daß ihre Aktion zur Herbeiführung einer Entschuldung, die der Kanzler in Aussicht stellte, ihnen nicht so ohne weiteres als Geschenk in den Schoß geworfen wird. Sie **müssen dazu dem Liberalismus Konzessionen machen**, und zwar zunächst auf dem Gebiete der Börse. Dies war der Rede Sinn, die eine ernste Mahnung an die deutsche Landwirtschaft bedeutet, mit ihrer Sonderinteressenpolitik endlich aufzuräumen.

Die Worte des Kanzlers, auf seinen Leichenstein möge man dereinst die Worte schreiben: „Dieser ist ein agrarischer Reichskanzler gewesen", sind durchaus nichts neues. Aehnlich hat der Kanzler sich bereits einmal bei der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates im Jahres 1904 ausgesprochen, als er seine agrarische Politik zu rechtfertigen suchte. Damals führte er aus: im Munde der Gegner solle das Wort „Agrarier" ein Schelt- und Spottwort sein. Er betrachte diese Bezeichnung als einen Ehrentitel für sich. Soviel ist indes gewiß, daß Fürst Bülow das Wort „Agrarier" ganz anders auffaßt, als die Herren vom Bunde der Landwirte es tun, denn sonst läge für ihn ja nicht der geringste Anlaß vor, deren Politik zu ironisieren. Man muß nun abwarten, wie weit und wie lange dem Kanzler seine agrarischen Freunde Gefolgschaft leisten werden. Ein Teil der extremsten Agrarier wird dem Fürsten Bülow wohl bald, und so viel wir die Junker kennen, recht stürmisch trotz seines „Freundes" Oldenburg die Heeresfolge verweigern. Das würde aber im großen und ganzen keine üble Folge der Politik des Kanzlers sein.

F. W.

Zwei neue Grubenkatastrophen.

Wieder haben sich im Saarrevier zwei furchtbare Grubenkatastrophen zugetragen. Die darüber eingelaufenen Depeschen lauten wie folgt:

St. Johann, 16. März. In der Grube Klein-Rosseln fand der „St. Johann-Saarbrückener Volkszeitung" zufolge gestern abend eine Schlagwetterexplosion statt. Etwa 100 Bergleute waren eingefahren. Von diesen sind 53 geborgen und zwar 25 tot und 12 schwer verletzt. Die übrigen gelten als tot.

Forbach, 16. März. (Meldung der Bergwerksdirektion.) Auf der Grube Klein-Rosseln in Lothringen fand gestern eine **schwere Schlagwetterexplosion** statt. Etwa 80 Bergleute waren eingefahren; davon sind 77 geborgen und zwar **65 tot** und **12 schwer verletzt**.

*

Saarlouis, 16. März. Auf dem Mathildenschachte der **Gerhard-Grube** riß heute früh das Förderseil. Auf der Förderschale befanden sich **22 Bergleute**, die, dem „Saarl. Journ." zufolge, **umgekommen** sind.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— **König Friedrich August** von Sachsen ist nach Verabschiedung von der königlichen Familie in Lissabon gestern vormittag nach Batalha abgereist. Der König wird ferner Alcobaca, Oporto und Bussaco besuchen und am Montag von Entvoncamento nach **Madrid** weiterreisen.

— Wie der Hofbericht der „Karlsruher Zeitung" meldet, hat sich die **Großherzogin von Baden** von der Influenzaerkrankung wesentlich erholt, ist aber noch für die nächste Zeit sehr schonungsbedürftig und kann das Schloß nicht verlassen. — Die **Kronprinzessin von Schweden** ist in fortschreitender Genesung begriffen und gedenkt anfangs nächster Woche nach Italien abzureisen.

Der Kampf um die Schulaufsicht.

Im Preußischen Abgeordnetenhause hat am Donnerstag die Beratung des **Kultusetats** begonnen. Zunächst war der **polnische Schulstreik** zur Verhandlung gestellt worden. Es kam dabei zu recht lebhaften Auseinandersetzungen mit den Polen, die in der Verteidigung der zweifellos im Schulstreik vorgekommenen Ausschreitungen einen schweren Stand hatten. An diese Erörterung schloß sich die eigentliche Generaldebatte über den Kultusetat. Sicrlich werden dabei von liberaler Seite die in den weitesten Kreisen der Bevölkerung vorhandenen **Mißstimmungen** über die Schulverwaltung unter dem Regime des Herrn v. Studt zum Ausdruck kommen. Bereits bei der ersten Lesung des Etats hat der Redner der Freisinnigen Volkspartei das lebhafte Bedauern seiner Freunde über die **falsche Entwicklung auf dem ganzen Gebiete der Schulpolitik** ausgesprochen. Wir haben ein konfessionelles Schulgesetz bekommen, den Bremserlaß, Lehrermangel, übermäßige bureaukratische Aufsicht und Reglementierereien, Engherzigkeit auf konfessionellem Gebiet und kirchliche Unduldsamkeit. Naturschätze und Volkskraft das sind die Waffen, mit denen die Kämpfe um den Platz an der Sonne ausgefochten werden. Unsere Naturschätze sind nicht so ausgiebig, um uns den Erfolg vor anderen Staaten zu sichern. Deshalb müssen wir umsomehr darauf Bedacht nehmen, die geistige Kraft des Volkes zu stärken, die sittliche und technische Bildung zu fördern.

Feuilleton.

Die neuen Funde auf der Insel Delos.

Ueber die reichen Ergebnisse der letzten Ausgrabungen, die von der französischen Schule in Athen unter Leitung von **Holleaux** vom April bis zum September 1906 auf **Delos**, der altheiligen Insel des Apollo, vorgenommen worden sind, liegt jetzt ein ausführlicher Bericht vor. Die in großem Maßstabe unternommenen Arbeiten erstrecken sich auf verschiedene Punkte der Insel, auf den Tempelbezirk, auf die Stätte des Theaters, auf die Umgebung des Klubs der Poseidoniasten und auf den heiligen See, der bei der Trockenheit des letzten Sommers zu einem nicht ungefährlichen kleinen Sumpf geworden war. Auch die architektonische Ausbeute der letzten Kampagne war beträchtlich. Ein großes Säulentor nördlich vom Heiligtum, auf dem der Name des Antigonos Gonatas, Königs von Macedonien, gefunden wurde; ein kreisrundes Monument, das Athener ihren Vorfahren geweiht hatten, und verschiedene Häuser in der Nähe des Theaters wurden aufgedeckt.

Unter den letzteren war das vollständigste das sog. „Haus der Kleopatra", das seinen Namen von einer Statue und einer Inschrift erhielt, die man bei ihm entdeckte. Die Inschrift besagt, daß Kleopatra, die Tochter des Adrastos aus Attika (die natürlich mit der ägyptischen Königin dieses Namens in keinem Zusammenhang steht), eine Statue ihres Gatten Dioscorides errichtet habe. Da auch der Name des Archonten Timarchos angegeben ist, so ist das Bauwerk in das zweite Jahrhundert v. Chr. zu datieren. Die ganze stattliche Villa ist jetzt ans Licht gebracht, mit ihren dorischen Säulen, in schöner Lage auf einer Anhöhe, von der man ein prächtiges Panorama von Meer und Inseln genießt. Selbst die Bewohner, oder wenigstens ihre Bilder, sind noch da, die Statue der Frau sogar an ihrem ursprünglichen Platze. Die Frauengestalt steht da in einfacher eleganter Haltung, den rechten Arm unter den linken geschlagen; der Kopf fehlt. Die Statue des Mannes ist weniger vollständig und konnte daher nicht wieder aufgebaut werden; beide erhoben sich jedenfalls nebeneinander auf dem großen Piedestal, das die Inschrift trägt. Sie stellten eins der zahlreichen Denkmäler zum ehrenden Gedächtnis Verstorbener dar, die griechisch-römische Niederlassungen in so großer Zahl schmückten.

Unter den Funden an plastischen Werken ist der merkwürdigste der von **fünf Kolossalfiguren von Löwen** in Marmor von der Insel Naxos, die in regelmäßigen Zwischenräumen aufgestellt waren und gleichsam Wache hielten. Die Figuren sind 1,73 Meter hoch und haben ein archaisches Gepräge. Sie sind einzig in ihrer Art, und nach der ziemlich rohen und naiven Technik zu schließen, könnten sie auf das 7. Jahrhundert v. Chr. zurückgehen, es sei denn, daß sie, wie Salomon Reinach vermutet hat, einen Teil eines Weihgeschenk bildeten, das **Krösus**, der König von Lydien, dessen mythologischer Ahne ein Löwe war, gesandt hat. Herodot berichtet, daß Krösus an ein anderes Heiligtum, das von Delphi, einen Löwen von lauterem Golde im Gewicht von 10 Talenten geschickt habe; die Löwen von Delos sind allerdings nicht aus so kostbarem Material, aber sie dürften doch wenigstens aus derselben Zeit stammen wie der Löwe des Krösus, und man hätte sie also etwa auf die Mitte des 6. Jahrhunderts anzusetzen.

Aus der archaischen Epoche wurden auch noch ein **mykenisches Grab**, das etwa aus dem 12. Jahrhundert v. Chr. stammt und zahlreiche **Scherben** von **sehr alten Vasen** gefunden. Die anderen plastischen Werke, die die letzten Ausgrabungen ergaben, waren sehr viel jüngeren Datums. Zu den hervorragendsten Funden dieser Art gehört ein schöner überlebensgroßer **Marmorkopf**, den man für einen **Dionysos** hält. Obwohl er beschädigt und besonders die Nase stark verstümmelt ist, hat das Gesicht mit seinem schmerzlichen Zug um den leise geöffneten Mund, mit den tiefliegenden Augen einen ergreifend lebenswahren Ausdruck; der ganze Typus erinnert an die Arbeiten des **Skopas**. Ferner wurde eine große Statue der Muse **Polyhymnia**, gleichfalls in Marmor, eine ausgezeichnete Replik des im 2. Jahrhundert von **Philiskos** von Rhodos ausgeführten Werkes, entdeckt, von dem auch das Berliner Museum und der Louvre römische Kopien besitzen. Die neue Kopie gehört durch ihre edle Haltung und die ausgezeichnete Gewandbehandlung zu den besten Reproduktionen klassischer Werke. Die Falten des schweren Tunikastoffes fallen tief und kräftig, während der feinere Mantelstoff den Oberkörper und die übereinandergeschlagenen Arme einhüllt. Der Kopf und die Hände sind leider verloren.

Von einer **Terrakotta-Statuette** des jungen Herkules ist nur der 6—7 Zentimeter messende Kopf erhalten; er stammt zweifellos aus **Smyrna**, das im dritten und zweiten Jahrhundert in solchen Arbeiten einen großen Ruf hatte. Der Typus des barfußen Jünglings, der einen Blätterkranz auf dem Haupte trägt und der mehr Grazie als männliche Kraft verrät, hatte in jener Zeit die führende Kolossalfigur des Herkules verdrängt. An Terrakottaarbeiten ist Delos besonders reich; seit Beginn der Ausgrabungen hat man über 850 Stücke gefunden, nicht nur Köpfe, sondern auch Masken, Vasen in Form von Füßen, Lampen in Form von Barken usw. Während aber die bisherigen Funde meistens stark gelitten hatten, hat man diesmal ein prächtiges und fast vollständig erhaltenes **Kohlenbecken** mit wundervollen Blumendekorationen und Ornamenten gefunden. Schließlich haben die Ausgrabungen eine reiche Ausbeute an Münzen, Bronzestücke, Drachmen, Tetradrachmen und Hemidrachmen in Silber ergeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070316024/fragment/page=0001

Daß solchen Anforderungen das Regime Studt in keiner Weise genügt, darüber sind alle Kreise im Klaren, die eine fortschreitende zeitgemäße Entwicklung im Schulwesen wollen. Worauf es zunächst ankommt, zeigt der Antrag, der von den Freisinnigen, den Nationalliberalen und den Freikonservativen zum Kultusetat eingebracht ist, und der im Mittelpunkt der gesamten Erörterungen stehen wird. Der Antrag ersucht die Staatsregierung, im Volksschulwesen auf die allgemeine Einführung der fachmännischen Schulaufsicht Bedacht zu nehmen. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß sich bei diesem Antrag die liberalen Parteien mit einem Teil der Rechten zusammenfinden. Die Freisinnigen sind stets für die Durchführung der fachmännischen Schulaufsicht eingetreten; es ist erfreulich, daß sie nun auch Unterstützung bei anderen Parteien finden. Die Unterzeichner des Antrags bilden allerdings insgesamt noch nicht die Mehrheit. Im Abgeordnetenhaus, das 433 Mitglieder zählt, verfügt die freikonservative Partei über 64, die nationalliberale über 76, die Freisinnige Volkspartei über 28, die Freisinnige Vereinigung über acht Stimmen; das sind zusammen 171. Aber da die konservative Partei eine erhebliche Anzahl Mitglieder enthält, die nicht schlechthin orthodoxen Neigungen huldigen, ist es nicht unwahrscheinlich, daß der Antrag auch über den Kreis der Parteien hinaus, aus denen er hervorgegangen ist, Anklang finden wird. Auch in den Kreisen der evangelischen Geistlichen ist die Erkenntnis laut geworden, daß die geistliche Schulaufsicht keineswegs ein notwendiges Erfordernis des geistlichen Amtes ist. Auf dem letzten Pfarrertag ist das unumwunden ausgesprochen worden. Anders urteilt darüber allerdings die katholische Geistlichkeit. Für sie ist die geistliche Schulaufsicht ein bedeutsames Mittel, um den Einfluß der katholischen Kirche auf das Schulwesen zu erhalten und zu stärken.

Der Geistliche ist auf dem Lande stets als Ortsschulinspektor der nächste Disziplinarvorgesetzte des Lehrers. Man hört nicht selten von klerikaler Seite die Bemerkung, der Geistliche habe als Ortsschulinspektor „nichts mehr zu sagen". Das Gegenteil ist der Fall. Nur im inneren Schulleben, in der methodisch-technischen Gestaltung des Unterrichts ist der Ortsschulinspektor durch die hauptamtliche Kreisschulinspektion zurückgedrängt, in jeder anderen Hinsicht ist die klerikale Macht über die Schule ungebrochen, sie ist sogar unter dem heutigen schulpolitischen Kurs erheblich gewachsen. Der Ortsschulinspektor gibt in allen Angelegenheiten des Lehrers, besonders auch in den persönlichen, sein Votum ab, er übt im Schulvorstande meist den maßgebenden Einfluß aus, er überwacht das außerdienstliche Verhalten des Lehrers, kurz er hat den Lehrer in seiner Gewalt. Die Geistlichen wissen dann auch sehr wohl, was sie an der Ortsschulinspektion besitzen, sie wissen genau, daß hier eine Hauptquelle ihrer Macht und ihres Einflusses liegt. Daher die Nervosität, wenn man es wagt, an die geistliche Schulaufsicht zu rühren. Die heutige Schulpolitik der preußischen Regierung oder besser gesagt, des jetzigen Kultusministers ist deswegen unbeliebt. Im preußischen Abgeordnetenhause wird vom Ministertische erklärt: „Wir können die geistliche Schulaufsicht nicht entbehren." Weshalb nicht? Die Religion fordert die geistliche Schulaufsicht nicht. Dieses Ammenmärchen haben selbst die katholischen Lehrer und sogar der gewiß unverdächtige katholische Lehrerverband auf seiner letzten Generalversammlung in Berlin abgewiesen. Das Schulinteresse selbst verlangt Fach- und Sachkunde für die Schulleitung. Warum hält man im Ministerium des Geistes trotzdem so zähe und unentwegt an den geborenen geistlichen Schulaufsehern fest? Aber der Kurs hat sich geändert, es ist alle Aussicht vorhanden, daß der jetzt beginnende Vorstoß gegen die geistliche Schulaufsicht einen Erfolg haben wird.

Zur Kanzlerrede.

Die „Deutsche Tagesztg." führt zu der Reichskanzlerrede folgendes aus:

„Wir wollen nicht, daß die Börse den Ertrag der Arbeit durch ihr Spiel schmälere oder beeinflusse. Gerade weil wir den Wert einer tüchtigen und richtigen Börse erkennen und anerkennen, haben wir uns mit aller Entschiedenheit gegen jede Abschwächung des Gesetzes gewandt."

Die „Kreuzztg." bemerkt zu den Ausführungen des Reichskanzlers zu der Börsengesetzreform:

„Der Kanzler kennt Konservative und Agrarier mit Scheuklappen, und er selbst hat sich eine Binde vor die Augen legen lassen. Man hat dem Kanzler vorgeredet, das Börsengesetz mit seinem Termineregister und seiner Einschränkung des offiziellen Terminhandels habe die Berliner Börse in den Zustand der Inferiorität gesetzt. Ach nein. Die Sache verhält sich anders."

Die „Post" schreibt:

„Sie würden die Vorurteile, die in bezug auf die Bedeutung der Börse und die Reform des Börsengesetzes bisher vielfach in landwirtschaftlichen Kreisen noch bestehen, beseitigen, oder wenigstens erheblich mildern, und demzufolge seien auch die Aussichten auf eine Aenderung der jetzigen Börsengesetzgebung im Reichstage wesentlich günstiger geworden."

Die „National-Ztg." führt folgendes aus:

„Für den Liberalismus liegt die nicht geringe Bedeutung der gestrigen Rede einzig und allein darin, daß der Kanzler sein liberales Reformprogramm auch vor dieser typisch-agrarischen Vertretung aufgerollt und im einzelnen noch fester umschrieben hat, als im Reichstage. Daß es gerade die Ziele der Börsenreform waren, die Fürst Bülow deutlicher enthüllte, beweist einmal, daß er sich der Schwierigkeiten gerade dieses Unternehmens bewußt ist; beweist zum anderen aber doch den festen Willen, es durchzuführen. Der Liberalismus würde seine Erfolge bei den letzten Wahlen nicht verdienen, wollte er nach diesem Reformprogramm nicht energisch zugreifen."

Die „Voss. Ztg." meint:

„Die Rede des Reichskanzlers habe den Zweck, diejenigen Kreise, von denen er am ehesten Widerstand gegen Zugeständnisse an den Liberalismus besorgte, für die Unterstützung seiner Paarungspolitik zu gewinnen. Am stärksten trat dieses Bestreben bei der Erörterung des Börsengesetzes hervor. Das Börsengesetz anzunehmen, werden die Agrarier um so eher bereit sein, je größer das Vertrauen ist, das sie dem Fürsten Bülow entgegenbringen. Von ihm, dem agrarischen Reichskanzler, werden sie, so hofft er, sich überzeugen lassen, daß diese Reform, weit entfernt, der Landwirtschaft zu schaden, ihr nur Nutzen bringen kann. Es wird sich nun zu zeigen haben, wie sich das Programm des leitenden Staatsmannes in gesetzgeberische Taten umwandelt."

Lucien Hubert in Berlin.

Auf Einladung des Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft, Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg, hatte gestern abend eine stattliche Anzahl von Kolonialkreisen in Berlin sich eingefunden, um die Vorlesung des französischen Abgeordneten Lucien Hubert über Französisch-Westafrika zu hören. Erschienen waren u. a. der Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, der Unterstaatssekretär des Auswärtigen v. Mühlberg, der Kolonialdirektor Dernburg, der französische Geschäftsträger in Berlin, Decomte, 2c.

Herzog Johann Albrecht eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, worin er ausführte, das seit den letzten Monaten in der deutschen Kolonialpolitik sich regende frische Leben habe bei den französischen Kolonialkreisen lauten Widerhall erweckt. Man dürfe der Hoffnung sein, daß die Verständigung und das Zusammenarbeiten auf kolonialem Gebiet zwischen unserem und dem französischen Volke eine Brücke zu gegenseitigem Verständnis schlagen werde. Redner begrüßte dann den Abgeordneten Hubert, der nicht nur einer der Urheber des Gedankens einer französisch-deutschen Annäherung auf kolonialem Gebiete sei, sondern auch einer der besten Kenner der französischen Kolonien in Westafrika. Redner schloß mit dem Wunsche, daß der betretene Pfad emporführen möge zu lichten Höhen wahren Friedens. Hierauf erhielt Hubert das Wort. Er begann mit der Bemerkung, man könne gewiß ein sehr guter Deutscher und ein sehr guter Franzose sein und doch beklagen, daß die Fügung der Umstände die Beziehungen zwischen den beiden so großen Völkern getrübt hat. Jedenfalls könne man sich aber auf kolonialem Gebiet begegnen und frei und offen sich über das gewaltige Werk unterhalten, an das sich die weiße Rasse in Afrika gewagt habe. Redner ging hierauf zu seinem eigentlichen Thema über: Die Tätigkeit Frankreichs in Westafrika, und führte u. a. aus, der Grundsatz Frankreichs sei, jede Eisenbahn dieser Kolonien bis an den Niger zu führen und die Schienenwege untereinander zu verbinden. Die heute schon bestehenden Schienenwege rentierten sich vollauf. Sie hätten neues Leben geschaffen und den Handel ganz erheblich gesteigert. Zum Schluß entwarf der Redner ein Zukunftsbild von Französisch-Westafrika, das er eine glänzende Besiegelung des segensreichen Bündnisses zweier Rassen nannte. Es sei zur Wirklichkeit geworden durch dies Werk menschlicher Brüderlichkeit, wie es die Kolonialbetätigung sein solle. Nachdem Redner geendet, dankte ihm der Herzog Johann Albrecht und sprach den Wunsch aus, sein Vortrag möge dazu dienen, die beiden Völker einander näher zu bringen.

von Liebert contra Schöpflin.

Wie die „Leipz. N. N." mitteilen, hat der Reichstagsabgeordnete v. Liebert gegen den früheren sozialdemokratischen Abgeordneten Schöpflin beim Amtsgericht Leipzig Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.

Ein Nationalverein für das Deutsche Reich.

Die „Münch. Neuest. Nachr." melden: Eine von bayerischen Liberalen aller Parteirichtungen einberufene und von zahlreichen Vertretern liberaler Vereinigungen Süddeutschlands besuchte Versammlung beschloß gestern in München die Gründung eines Nationalvereins für das Deutsche Reich. Der Nationalverein soll in die Selbstständigkeit der liberalen Parteien nicht eingreifen. Der Anschluß steht einzelnen Mitgliedern wie liberalen Vereinigungen offen. Es sollen alljährlich Tagungen großen Stils veranstaltet werden. Die Gründung vollzog sich unter begeisterter Zustimmung der Versammlung. Aus allen Teilen des Reiches sind warme Sympathiekundgebungen hervorragender Männer eingelaufen.

Politisches.

— Gestern abend fand beim Minister v. Bethmann-Hollweg der erste parlamentarische Abend statt, zu dem eine große Anzahl Parlamentarier, darunter zahlreiche Zentrumsabgeordnete, erschienen waren. Außerdem waren anwesend der Finanzminister v. Rheinbaben, Staatssekretär Dr. Nieberding, Geheimrat Hammann, Generalfeldmarschall v. Hahnke und viele andere hervorragende Persönlichkeiten.

— Oberpräsident Frhr. v. Schorlemer protestierte in einer Rede beim Festmahl des Provinziallandtages in Düsseldorf öffentlich gegen die Verdächtigungen seiner Person anläßlich der Reichstagswahl. Man hätte ihn u. a. als Reblaus schlimmster Sorte bezeichnet. Ein solches Gebaren vergifte das öffentliche Leben.

Industrie und Handel.

— Der „Reichsanzeiger" berichtet über die gestrige Sitzung des Bundesrats, daß den Ausschußanträgen betreffend Aenderung der Zuckersteuerausführungsbestimmungen Zustimmung erteilt wurde.

Lohnbewegung.

— Die Steinarbeiter (Steinmetzen) Leipzigs sind in eine Tarifbewegung eingetreten. Sie haben ihren am 30. April 1907 ablaufenden Tarif einer Revision unterzogen und den Arbeitgebern folgende in den neuen Tarif zu übernehmende Forderungen unterbreitet: achtstündige Arbeitszeit, Ausführung der Arbeit im Tagelohn bei einem Mindeststundenlohn von 75 Pfg., allgemeine 10prozentige Erhöhung der bisherigen Lohnsätze. Man hofft, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer friedlich einigen.

Deutscher Reichstag.

(Schluß des Berichts der Morgenausgabe.)

Abg. Fischer-Berlin (Soz.) fährt fort: Man sagt, Fürst Bülow hätte seinen Silvesterbrief nur als Privatmann geschrieben. Aber Fürst Bülow war nicht eine Minute lang Privatmann. Im weiten Umfange sind amtliche Gelder bei den Wahlen benutzt. (Lebhafter Widerspruch rechts. Zuruf: Niemals!) Sie sagen, niemals sind amtliche Gelder für andere als amtliche Zwecke benutzt. Das ist falsch. Der Minister v. Rheinbaben hat 50,000 M. aus dem amtlichen Fonds genommen, um damit die Schutzleute für ihre Hilfe im Straßenbahnerstreik zu belohnen. Buttkamer bekam 12,000 M. für persönliche Zwecke. Der Minister v. Köller hat einige Wochen, ehe er aus dem Amte schied, dreimal 10,000 M. aus dem amtlichen Fonds entnommen. (Lachen r. Zuruf: Wofür?) Das weiß ich nicht. (Lachen rechts.) Jedenfalls hat er das Geld für Zwecke benutzt, zu denen es nicht benutzt werden sollte. Fest steht, daß Herr v. Köller dem Hüllesschen Zeitungsverlag Gelder zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt hat. (Lachen rechts.) Fürst Bülow sagte, er habe die Gelder nicht selbst verteilt. Das mag sein, aber das Parlament muß wissen, wohin die Gelder geflossen sind. (Lachen rechts.) Sie können darüber lachen, denn Sie haben ja kein Geld bekommen. Sie nehmen es ja nur. (Lachen rechts.) Es hilft Ihnen auch nichts, wenn Sie sagen, Sie hätten das Geld nicht gewollt. Hier muß man sagen: cui bono. Der, dem das Geld nützt, trägt die Schuld. Die Keimbriefe haben unwiderleglich dargelegt, wie von seiten der Behörden gearbeitet wurde. (Zuruf: Die Briefe sind gestohlen.) Die Briefe sind nicht gestohlen, sie sind nur abgeschrieben, stehlen und abschreiben sind zweierlei. (Stürmische Heiterkeit.) Es war kein Vertrauensmißbrauch durch Diebstahl, sondern nur durch eine ganz gewöhnliche Schlamperei im Flottenverein. Im Badischen Landtag haben die Nationalliberalen einen gestohlenen Brief verlesen. Sie (zu den Nationalliberalen) brauchen sich nicht zu entrüsten, Sie schimpfen ja nur, wenn Sie selbst nicht gestohlen haben. (Schallende Heiterkeit.) Der Reichskanzler hat, wie die Keimbriefe beweisen, nichts dagegen gehabt, daß eine Zentralstelle für Flugblätter geschaffen wird. Wenn wir uns in das Gedächtnis zurückrufen, daß die Wahl des Herrn von Löbell wegen Wahlbeeinflussungen für ungültig erklärt wurde, müssen wir uns sagen, daß in der Reichskanzlei ein alter Praktiker in Wahlfälschungen sitzt. (Großer Lärm rechts.)

Vizepräsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Fischer (fortfahrend): Wie geht es denn bei den konservativen Wahlen zu? In Ostpreußen hat man sogar Zettel aus der Urne genommen und andere rein gelegt. (Lärm rechts.) Wenn Sie sich das alles vergegenwärtigen, müssen Sie sich doch sagen, daß ich mit meiner Bemerkung recht hatte.

Vizepräsident Kämpf: Sie dürfen nicht gegen den Ordnungsruf polemisieren. Wenn Sie gegen den Ordnungsruf Verwahrung einlegen wollen, steht Ihnen der geschäftsordnungsmäßige Weg offen.

Abg. Fischer (fortfahrend): Ich habe nicht gegen den Ordnungsruf polemisiert, sondern nur die Verhältnisse darlegen wollen. Es ist gar kein Zweifel, daß der Flottenverein im Einverständnis mit den Reichsbehörden die Zentralstelle zur Wahlbeeinflussung geschaffen hat. Das Vereinsgesetz verbietet dem Flottenverein jede politische Agitation; der oberste Hüter des Gesetzes, Fürst Bülow, setzt sich über das Gesetz hinweg. Aber uns Sozialdemokraten wirft er Gesetzesverachtung vor! Herr Liebert hat sich an den Flottenverein um Wahlhilfe gewandt; in seinem Wahlkreis war er nämlich mit Mißtrauen aufgenommen worden, vermutlich wegen seiner famosen Berufung auf den Gesandtenposten in Peking, die Herr Exzberger im Dezember hier vorgetragen hat. (Widerspruch der Abgeg. Liebert und Arendt.) Das Mißtrauen erklärt sich auch daraus, daß er in seiner Kolonialschwärmerei nicht immer zwischen dem Reichs- und seinem privaten Interesse zu unterscheiden wußte. (Unruhe rechts.) Er war da auch an Kolonialunternehmungen finanziell beteiligt und hat somit auch für seine eigene Tasche geardeitet. (Großer Lärm rechts.)

Abg. v. Liebert steht auf und ruft mehrmals erregt: „Pfui! Unverschämtheit! Skandal!"

Abg. Dr. Arendt ruft: Wir lassen ihn nicht weiter reden, wo bleibt der Präsident?

Abg. Fischer überschreit die Rufe mit den Worten: „Unverschämt sind immer bloß Sie!" (Der Lärm erreicht immer bedrohlichere Dimensionen.)

Vizepräsident Kämpf verschafft sich durch mehrfaches energisches Glockenläuten Ruhe und ruft dann sowohl den Abg. v. Liebert wie die Abg. Fischer wegen des Ausdrucks „Unverschämtheit" zur Ordnung und macht letzteren gleichzeitig auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam.

Abg. Fischer: Ich bin provoziert worden. So machen es die Herren immer. Sie provozieren einen Sozialdemokraten, damit er dreimal zur Ordnung gerufen und ihm dann das Wort abgeschnitten wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. Zurufe: Ja, ja! Unverschämt! So geht's immer!)

Abg. Ulrichs (Soz.) bekommt einen roten Kopf, springt erregt auf und stößt leidenschaftliche Rufe aus. Er wird von besonnenen Fraktionsgenossen nur mühsam beschwichtigt. Auf der Rechten lacht man. Viele Abgeordnete der Rechten rufen: fß, fß, fß, fß, fß. Den Parteien in der Mitte macht das ganze ungehemmen Spaß. Die Schlacht tobt eine Zeitlang weiter. Der Abg. Fischer hat inne gehalten und läßt die Kämpfer sich austoben. (Auch Vizepräsident Kämpf tut das Gleiche, die Hand an der Glocke. Die Aufregung legt sich nur ganz allmählich.) Er fährt dann fort und wendet sich jetzt gegen die Freisinnigen. (Höhnische Rufe rechts: Aha, jetzt kommen die Freisinnigenran!) Er führt aus: Es ist völlig erwiesen, daß der Abg. Eickhoff seine Wahl der Unterstützung des Flottenvereins verdankt. Er sagt zwar, er habe die Unterstützung nicht erbeten. Das ist ganz egal. So wenig stolz waren bisher wenig Leute, daß sie direkt Unterstützung erbeten haben, und es genügt, wenn sie es sich gefallen lassen. Reichskanzler und Kolonialamt haben Wahlbeeinflussung getrieben. Damit noch nicht genug. Auch das Oberkommando der Schutztruppe wollte da nicht zurückbleiben. Die Rolle Osterhazys im Dreyhus-Prozeß sollte für jede Regierung eine Warnungstafel sein und die Armee von politischen Umtrieben zurückhalten. Man muß schon nach Serbien gehen oder nach Ungarn, wo der „liberale" Minister Polonyi Wahlen macht, um Ähnliches zu erleben. Der Reichskanzler ist auch mit veranwortlich für die lügnerischen, illustrierten Flugschriften, die in der Buchdruckerei „Nationalzeitung" gedruckt und vom Verlag patriotischer Druckschriften, der wohl besser „Verlag scham- und ehrloser Druckschriften" hieße (Lachen rechts), herausgegeben wurden. Ich muß leider meiner Kritik große Zügel anlegen. (Heiterkeit; Zuruf: Tun Sie es nicht!) Ja, das glaube ich, das möchten Sie wohl! (Heiterkeit.) Aber ich lasse mich nicht provozieren. Den Clou der ganzen Wahlagitation bildet ein Flugblatt des Reichsverbandes, das von Herrn Hagemann juristisch begutachtet sein soll. Da heißt es, die Sozialdemokraten hätten gelacht, als der Reichskanzler von den Strapazen und Mühen der Krieger in Südwestafrika erzählte. Herr Hagemann war anwesend, er muß wissen, daß das nicht wahr ist, er muß wissen, daß wir nicht gelacht haben. Wir wären ja auch wahnsinnig, wenn wir das täten. Was für Leute sind es denn, die in Südwestafrika so elend zu Grunde gehen. Sind es Bourgeois- oder Arbeitersöhne? (Lachen bei den Soz., Zuruf rechts: Ihr seid ja international! Sozialdemokraten waren nicht dort!) Allerdings waren sie dort. Aus Arbeitern bestanden die Truppen. Und wer ist für sie eingetreten? Nur die Sozialdemokratie. (Gelächter rechts.) Allerdings. Haben wir nicht stets gesagt, daß die Kriegsleitung schuld ist an dem Untergang so vieler Braven, weil sie es nicht gelernt hat, Kolonialkriege zu führen!? (Lachen rechts.) Und warum sind jene Leute überhaupt nach Südwestafrika gegangen? Weil sie sich sagten: mehr strapaziert, mehr schikaniert als wie in der Heimat können wir auch in Afrika nicht werden. (Lachen rechts.) Redner geht auf eine ganze Anzahl von Flugblättern ein und sucht unter dem Gelächter der Rechten nachzuweisen, daß die Vorwürfe, die man den Sozialdemokraten machte, ungerechtfertigt seien. Man wirft uns vor, daß keine Arbeiter unter uns sitzen. Aber viele Arbeiter finden keine Arbeit, wenn sie Sozialdemokraten sind, deshalb müssen sie etwas anderes ergreifen. Der Reichskanzler wirft uns unseren Ton vor, dabei brauchte er selbst Worte wie Rüpelei, Parteibonzen, ruchloses Spiel, Perfidie usw. Wenn nur ein Funken von Gerechtigkeit bei Ihnen bestände, müßten sämtliche Mandate des Blocks kassiert werden. (Lachen rechts.) Aber wo werden Sie denn? Dieser Reichstag ist ja nichts als das lebendig gewordene Spiegelbild dieses Wahlkampfes.

Abg. Dr. Schädler (Ztr.): Wenn auch nicht so temperamentvoll wie der Vorredner, so muß ich doch entschieden Protest einlegen gegen die Art, wie die Behörden bei den Wahlen vorgegangen sind. Wir hätten deshalb gewünscht, daß der Herr Reichskanzler uns mal wieder die Ehre seines Besuches geschenkt hätte. Nicht unterwegen, sondern der Sache wegen. Schon bei der Generaldebatte — (Sehr richtig! rechts. Große Heiterkeit.) — Sie wissen ja gar nicht, was ich sagen wollte. Der Herr, der das gerufen hat, scheint ein Gedankenleser zu sein und kann den Augen Hans Konkurrenz machen. (Heiterkeit.) — habe ich auf die Tätigkeit des Flottenvereins hingewiesen, der doch ein politischer Verein nicht sein will. Dieser unpolitische Verein hat bei den Wahlen in der skrupellosesten Weise agitiert, er war gewissermaßen die Zentralstelle. Und das alles unter der Billigung des Reichskanzlers. Der Reichskanzler ist also dafür auch verantwortlich. Der Flottenverein war nur ein Regierungsinstrument, mit dem man die sogenannten nationalen Wahlen machte. Der Flottenverein machte sogar auch in Denunziationen, wie der Briefwechsel des Generals Keim beweist. In welcher Weise hat man nicht meinen Fraktionskollegen Erzberger angegriffen. Ich würde da ihm empfehlen, eine Broschüre zu schreiben „Lügen über Herrn Erzberger." Redner geht ausführlich auf die Tätigkeit des Flottenvereins ein und verliest Flugblätter aus den Wahlkreisen Würzburg, Immenstadt, Mörs-Rees usw. Auch Gelder hat der Flottenverein zugunsten von Gegenkandidaten des Zentrums verteilt. Selbst die Kreuzzeitung schreibt, wenn der Flottenverein ein nationaler Verein wäre, sollte er sich auf den Kampf gegen die Sozialdemokraten beschränken und das Zentrum ungeschoren lassen. Die Kreuzzeitung verdient unseren Dank für diese Aeußerung. Man kann die Agitation des Flottenvereins nicht damit abtun, daß man sagt, Herr Keim wäre eine Privatperson. Nein, Herr Keim war der offizielle Wahlmacher, für den der Reichskanzler verantwortlich ist. Die Briefe sollen nun gestohlen sein, um die Person des Diebes hat sich ein wahrer Kreis von Legenden a

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070316024/fragment/page=0002

bildet, es fehlt sogar seine Tante nicht, die bei einem Geistlichen in Dienst stand. (Heiterkeit.) Die Leute, die sich so über die „gestohlenen" Briefe entrüsten, sollten sich doch auch daran erinnern, daß die „Hamburger Nachrichten" einen Brief Wistubas veröffentlichten, sie sollten im Poschinger nachlesen, auf welche Weise Bismarck in den Besitz gewisser Aktenstücke des erzbischöflichen Ordinariats gekommen ist. Wenn die Herren sich auch darüber entrüsten, glaube ich, daß ihre Entrüstung echt ist. Wie dem auch sein mag, **die Briefe sind da, sie sind ein Skandal erster Güte.** Sogar die Person des Kaisers hat man in den Wahlkampf gezogen. Wir protestieren entschieden dagegen, daß man bei uns napoleonische Zustände einführt. Wir wollen **keine Präfektenwahlen,** wir wollen, daß der Wille des Volkes bei den Wahlen zum Ausdruck kommt. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Kreth** (kons.): Wir stehen auf einem anderen Standpunkt, als der Vorredner und die Interpellanten. Wir billigen der Regierung das Recht zu, Stellung zu nehmen zu den Parteien und einzelnen Kandidaten. An dem Mandatsverlust der Sozialdemokraten tragen nicht Wahlbeeinflussungen die Schuld, sondern die inneren Streitigkeiten der Partei selber. Eine **Wahlbeeinflussung liegt nicht vor,** wenn die Regierung Aufschluß über ihre Wünsche gibt, sondern lediglich, wenn man Wähler durch Inaussichtstellung von Vorteilen oder Nachteilen zu einer bestimmten Stimmabgabe veranlaßt. Wenn man ein aufrechter Mensch ist, dann kann man sich dem Druck einer Regierung schon entziehen: das hat der Abg. Winkler gezeigt, der aus dem Staatsdienst ausschied. Nur wenn man durch einen Hauch leicht umgeblasen werden kann, kann man überhaupt annehmen, daß eine Regierungsäußerung schon etwas so Furchtbares ist. Der Reichskanzler hat von dem Instrument des allgemeinen Wahlrechts nur den richtigen Gebrauch gemacht. Hoffentlich handhabt er es das nächste Mal ebenso geschickt, so daß die letzten Reste der Sozialdemokratie weggeblasen werden. (Lachen bei den Soz.) Was die Wahlpraktiken anlangt, so kann ich die **Verabfolgung von geistigen Getränken am Wahltage** nicht als Wahlbeeinflussung ansehen. „Naturalia non sunt turpia", die Lieferung von Naturalien ist nichts Schimpfliches. (Heiterkeit.) Anders liegt die Sache bei einer Bestechung. Für einen Abgeordneten, der einer Bestechung seinen Sitz verdankt, wäre kein Platz in unseren Reihen. (Na, na! b. d. Soz.) Man wirft uns unsere Flugblätter vor. Aber man sehe sich die illustrierten Flugblätter des sozialdemokratischen Kandidaten in Spandau, des Rechtsanwalts Dr. Liebknecht an: die sind wirklich von hervorragender Geschmacklosigkeit! Kanitz als Tiger, Schwerin-Löwitz als Löwe rc. Die schamlosesten Lügen wurden gegen den Kandidaten Pauli verbreitet. Redner zitiert Flugblätter und macht allerhand Mitteilungen, die von den Sozialdemokraten lebhaft bestritten, vom Abg Pauli bestätigt werden, was dann den Widerspruch des Abg. Bebel hervorruft, bis Vizepräsident Kaempf diesem Zwiegespräch ein ein Ende macht, indem er erklärt: „Der Abg. Kreth hat das Wort!" (Heiterkeit.) Es wird so viel von der konservativ-liberalen Paarung gesprochen. Nun, das ist eine Vernunftehe, die schon ganz gut werden wird, wenn nicht der **Abg. Gothein als böse Schwiegermutter** die Seligkeit der Flitterwochen stört. (Heiterkeit.) Wie die Sozialdemokratie angesichts ihrer Artikel und Flugblätter über den Ton anderer Parteien sich entrüsten kann, verstehe ich nicht. Herr Dr. Südekum hat ja Regeln für die Wohlanständigkeit aufgestellt. Er hat damit eine Aufgabe übernommen, die dem leider zu früh verstorbenen Herkules Ehre antun würde. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß bei den nächsten Wahlen die Sozialdemokraten so geschwächt werden, daß sie nicht einmal ein Doppelquartett bilden. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. **von Liebert** (Reichsp.): Ich gebe dem Vorredner ganz recht, die Regierung hat bei den Wahlen das Richtige getroffen. Ich hoffe, daß bei den nächsten Wahlen auch die anderen Minister und Staatssekretäre auftreten und Reden halten werden. (Heiterkeit.) Der Begründer der Interpellation hat mich aufs schwerste angegriffen, ich weiß aber gar nicht, wie die Reichskanzlei für mich in den Wahlkampf hätte eintreten können, denn wenn sie es getan hätte, würde es doch Proteste geregnet haben. Auch sonst sind mir alle möglichen Vorwürfe gemacht. Ich habe seit 20 Jahren für die Kolonien gearbeitet und bin erst in letzter Zeit in eine Gesellschaft eingetreten. Und da warf man mir vor, ich arbeitete nur um Geld zu verdienen für die Kolonien. Der Flottenverein hat bei den Wahlen dafür gearbeitet, daß eine nationale Mehrheit zustande kam, die auch für den Ausbau einer Flotte war. Die Kriegervereine sind in den Wahlkampf mit Recht eingetreten, weil die Kommandogewalt des Kaisers angegriffen war. (Lärm im Ztr.) Das Zentrum wollte die nötigen Mittel jetzt nicht bewilligen, erst später, wenn der Aufstand wieder aufflackern sollte. Das mag juristische oder kirchliche Logik sein, strategische ist es nicht. Der Reichsverband ist ein von der Regierung vollkommen unabhängiger Verein. Wenn Sie (zu den Soz.) den Namen Reichslügenverband weiter führen, werden wir den Namen aufnehmen, als Reichsverband gegen die Lügen der Sozialdemokratie. (Lärm b. d. Soz. Beifall rechts.)

Alle Lügen der Sozialdemokraten kann ich natürlich nicht anführen. Nur einige! So ist **es eine Lüge, daß die Konservativen gegen das Wahlrecht wären,** sie stehen alle auf dem Boden des Reichswahlrechts. Eine **Lüge ist es, daß die Unterwerfung der Bondelzwarts schon erfolgt war,** als die Auflösung erfolgte. Eine **Lüge** ist die Behauptung des „Vorwärts", daß **am 25. Januar 30,000 Landwehrleute einberufen** werden sollten, um ihres Wahlrechts beraubt zu werden. Für die Flugblätter, die uns der Abg. Fischer zur Last legte, kann man weder Herrn Hagemann noch mir einen Vorwurf machen. Die ganze Wut der Sozialdemokraten kommt nur daher, weil **zum ersten Male das deutsche Volk wirklich von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht** hat. Und da soll es auf einmal die Regierung gewesen sein. Das deutsche Volk ist sich seiner Kraft bewußt, es steht **treu zu Kaiser und Reich,** und wird auch später treu zu beiden stehen. Damit müssen die Sozialdemokraten sich abfinden. Unbekümmert um die Angriffe der Regierung werden wir durch Aufklärung und Belehrung weiter fortfahren, Wahlbeeinflussung zu treiben. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. **Brejski** (Pole) führt Klage darüber, daß in den östlichen Landesstellen die Abhaltung von polnischen Wahlversammlungen erschwert worden sei. Wiederholt habe man im Gegensatz zu der bekannten Kammergerichtsentscheidung sogar verlangt, daß deutsch gesprochen würde. Der Boykott gegen die Polen werde den Beamten geradezu zur Pflicht gemacht.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf **Sonnabend 11 Uhr.** Vorher kleine Vorlagen und Gesetz über die Herabsetzung der Maischbottichsteuer-Vergütung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Preußischer Landtag.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung.")

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung vom 15. März. 12 Uhr.

Das Haus ist gut besetzt.

Nach Vereidigung des Abg. Grafen **Spee** setzt das Haus die Beratung des **Kultusetats beim polnischen Schulstreik** fort.

Abg. **Kindler** (fr. Vp.) erklärt, daß auch seine Freunde den Schulstreik bedauern, obwohl sie mit der Polenpolitik der Regierung nicht einverstanden seien. Gleiches Recht für alle! Dieser Grundsatz müsse endlich zur Geltung kommen; die großpolnische Agitation solle man bekämpfen, aber nicht durch Ausnahmegesetze. Er hätte geglaubt, daß der erste Erfolg der konservativ-liberalen Paarung die Beseitigung aller Ausnahmegesetze sein würde. (Sehr gut! b. d. Freis.) Für selbstverständlich halte er es, daß der Unterricht erst dann in deutscher Sprache erteilt werden dürfe, wenn das Kind genügend Deutsch versteht. Durch ihre Mißgriffe habe die Regierung viel zur Polonisierung des Ostens beigetragen. Es sei wünschenswert, daß ebenso wie in der Kolonialpolitik auch in der Polenpolitik ein neuer Weg eingeschlagen wird. (Beifall b. d. Freis.)

Abg. **Ernst** (fr. Vg.) bezeichnet den Schulstreik als eine der größten Verirrungen. Der Schulstreik verdiene die schärfste Verurteilung. In seinen weiteren Ausführungen bleibt der Redner auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Dr. **v. Mizerski** (Pole) legt Protest gegen die gestrige Behauptung des Abg. Frhrn. v. Zedlitz ein, daß die Polen revolutionäre Bestrebungen verfolgen. Herrn Dr. Friedberg erwidere er, daß die höchste Autorität der katholischen Kirche genau so denke wie die polnischen Abgeordneten. Es sei nicht wahr, daß der heilige Vater den polnischen Schulstreik gemißbilligt habe. Die Regierung werde in dem Kampf keine Lorbeeren ernten. Gottes Mühlen mahlen langsam aber trefflich fein. (Beifall b. d. Polen.)

Minister Dr. **v. Studt** betonte, daß die Macht und das gute Recht auf seiten der Regierung seien; die Polen agitierten mit den verwerflichsten Mitteln. Das Prinzip, daß lediglich der Wille der Eltern maßgebend sei, sei vom pädagogischen Standpunkt aus nicht zu rechtfertigen, es sei in seinen Endzielen revolutionär. Die Kinder als Avantgarde in einem solchen Kampfe vorzuschieben, sei ein Verbrechen. (Lebh. Beifall.)

Abg. **Rzesnizek** (fk.) erklärt, daß die polnische Agitation auch die Hochachtung gegenüber der katholischen Geistlichkeit untergrabe. Hätten sich doch polnische Blätter nicht gescheut, den Kardinal Kopp, weil er den Polen nicht zu Willen war, als einen Knecht der Germanisation im Kardinalskleide zu bezeichnen. (Hört! hört!). Die Polen hätten kein Recht, sich über Kontraktbruch zu beschweren. Der Kampf richte sich nicht gegen die Religion, sondern er gehe um die Schule. Die Schule habe die Pflicht, die Kinder zu guten Deutschen zu erziehen. (Beifall.)

Abg. **Strosser** (kons.) weist auf die Behandlung der Deutschen in Galizien hin. Dort werde den Deutschen nicht nur der deutsche Unterricht, sondern auch der deutsche Gottesdienst allgemein verweigert. (Hört! hört!). Die polnischen Abgeordneten hätten weder im Landtage, noch im Reichstage jemals erklärt, daß sie gute preußische Staatsbürger sein wollen. Bei dem jetzigen Verhalten der Polen sei es ganz unmöglich, ihren Wünschen nachzukommen. (Beifall)

Abg. Graf **Praschma** (Ztr.) erklärt, daß die katholische Kirche nichts anderes verlange, als was jede gesunde Pädagogik fordert, nämlich daß der Religionsunterricht in der dem Kinde verständlichen Sprache erteilt wird. Das werde meist die Muttersprache sein, aber sie brauche es nicht zu sein. Seine Freunde bedauerten es, daß der Geist des Volkes irregeführt sei. In Oberschlesien sei die Geistlichkeit gegen den Schulstreik. Die Regierung möge nach Beendigung des Streiks erwägen, ob sie nicht die **alte Zentrumsforderung** erfüllen kann, daß der **Religionsunterricht in der Muttersprache zu erteilen** ist. Der Forderung auf Ueberweisung des Religionsunterrichts an die Kirche könne er sich nicht anschließen; der Religionsunterricht gehöre in die Volksschule, damit diese ihren konfessionellen Charakter behalte. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Lusensky** (nl.) weist darauf hin, daß der Schulstreik nur aus politischen Motiven inszeniert sei. Er könne der Regierung keinen Vorwurf machen, ihr Standpunkt sei unanfechtbar; die Schuld liege ganz bei den Polen. Es handle sich um eine wohl überlegte Agitation, um eine Kraftprobe des Polonismus. Seien die Polen zum Frieden geneigt, dann werde der Schulstreik bald ein Ende haben. (Beifall.)

Hierauf wird die Debatte über den polnischen Schulstreik geschlossen.

(Fortsetzung in der 3. Beilage.)

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Beuthner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 16 Seiten —

Geschäftshaus

Anerkannt grösste Auswahl.

J. Lewin

Anerkannt billigste Preise.

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Kleider und Kostüme.

Kleid aus Indisch-Mull, seidenartiges Gewebe, mit Einsatz und Spitze M. 5.50
Kleid aus Woll-Musselin, mit Spachtel-Koller, Val.-Spitzen-Einsatz u. Volant M. 13.50
Kleid aus getupftem Tüll, Val.-Passen, Tüll- und Spitzen-Volant M. 15.50
Kleid aus Wollbatist mit Tüll-Passe, Einsatz und Spitze M. 17.50
Kleid aus Alpacca, neueste Streifenmuster, Taffet- u. Posamenten-Garnit. M. 27.50
Kleid aus reinseid. Taffet, elegante Modelle, mit Spitzen u. Einsatz garniert M. 48.00
Kostüm aus gutem farb. Kostümstoff, englisch. Geschmack, anlieg. Jackett oder Bolero M. 75.00 bis 9.50
Kostüm aus reinwoll. Tuch, elegante Verarbeitung M. 68.50 bis 22.50

Kostüm-Röcke.

Rock aus weissem Rips etc., saubere Verarbeitung M. 1.75
Rock aus gutem Cheviot, Stoffblenden, mehrfach gesteppt M. 2.75
Rock aus prima Lodenstoff, Sport-Façon, besonders empfehlenswert M. 3.75
Rock aus elegantem gestreiften Kostümstoff, mit Falten M. 4.50
Rock aus prima Alpacca, schwarz und marine, siebenteilig M. 6.50
Rock aus vorzügl. Satintuch, mit Seiden-Tressen garniert M. 7.50
Rock aus prima gestreift Covertcoat, englischer Geschmack M. 12.75
Rock aus feinem Damentuch, mit Tuchblenden, chike Verarbeitung M. 14.75

Ein grosser Posten

Damen-Jacketts

anliegende Façons, aus prima Kammgarnstoffen, elegante Verarbeitung, zum Teil auf Seidenfutter, ganz besonderer Gelegenheitskauf!

Regulärer Preis bis M. 35.00, jetzt M. 19.50.

Damen-Blusen.

Bluse aus gestreiftem Tennisstoff, mit Fältchen garniert M. 2.75
Bluse aus getupftem Woll-Musselin, mit Säumchen und Paspel M. 3.75
Bluse aus gestreiftem Wollstoff, mit Doppel-Sattel M. 4.50
Blusenhemd aus gestreiftem Wollstoff, zarte Dessins, mit Säumchen M. 4.50
Bluse aus weissem Wollbatist, Seidenspitze und Applikation M. 5.50
Bluse aus prima Wollstoff, elegante Schotten, reinseid. Krawatte M. 6.50
Bluse aus Woll-Musselin, türkisch gemustert, Spitzen-Garnierung M. 9.75
Bluse aus reinwoll. Voile, Passe und Manschetten, reiche Handarbeit M. 11.50

Jacketts und Mäntel.

Jackett, Sacco-Form, aus schwarz. Diagonal- und Kammgarnstoffen M. 45.00 bis 4.50
Jackett, modernes anlieg. Façon, aus schwarzen Kammgarnstoffen, gefüttert M. 35.00 bis 9.50
Paletot aus schwarzen Diagonal- und Kammgarnstoffen, mit Tuchblenden und Applikation M. 58.00 bis 10.50
Paletot, moderne lebhafte Streifen, engl. Geschmack, auch in Backfisch-Grössen M. 38.00 bis 5.50
Paletot aus prima Covertcoat, Herren-Façon, mit gesteppten Blenden besetzt M. 45.00 bis 6.75
Staubmantel aus prima gezwirnten Covertcoat-Stoffen, doppelreihig M. 32.00 bis 4.75
Staubmantel aus prima Covertcoat, einfarbig und gestreift, mit Seidenkragen und Manschetten M. 45.00 bis 9.75
Staubmantel aus bester Gloria-Seide, elegante Verarbeitung M. 19.75

Grösstes Kaufhaus der Provinz Sachsen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070316024/fragment/page=0003

In meiner **Konfektions-Abteilung** sind nun **sämtliche Neuheiten** in **allen saisongemässen Façons**, vom **einfachsten** bis zu dem **elegantesten Genre** in **mannigfaltigster Auswahl**, mit **billigst berechneten Preisen** versehen, ausgelegt und empfehle

Jacketts, Paletots, Reisemäntel, Umhänge, Kostüme, Kostüm-Röcke, Blusen, Unterröcke, Morgenkleider, Kinder-Garderobe für Knaben und Mädchen

unter Zusicherung **solidester Bedienung.**

Anfertigung nach Mass! *Auswahl-Sendungen nach auswärts!*

Bruno Freytag

Gegründet 1865. **Halle a. S.** **Gegründet 1865.**

Leipziger Str. 100, part., I. u. II. Et.

Vor Ostern

pflanzt man noch:
Apfel- u. Birnenbäume, Pflaumen- u. Kirschbäume, Pfirsich- u. Aprikosenbüsche, Stachel- u. Johannisbeersträucher, Himbeeren, Rosen ꝛc.

Zu beziehen
Paul Huber,
Baumschulen,
Aeußere Merseburger Chaussee.

Hygica Badewanne

Preis Mk. 18— empfiehlt
Tel. 282. **Gustav Brose,** gegr. 1879.
Leipzigerstr. 96.

Fahrräder,

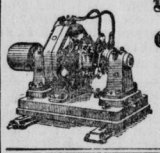
praktisch und dauerhaft, erhalten reelle Leute auch auf Teilzahlung bei **Friedrich Gronau,** Barfüßerstr. 16.

Burghardts Strumpfstrickerei,
Gr. Brauhausstr. 1, empfiehlt
Strümpfe neu u. antrickeln, in jeder Stärke, p. 10–25 Pfg.
Gr. Lager in Wolle u. Baumwolle.

Elektrotechnisches Bureau Halle S.

der **Maschinenfabrik Esslingen**

Telephon 1848. Magdeburgerstraße 45.



Licht- u. Kraftanlagen im Anschluß an die städt. Elektrizitätswerke.
Dynamomaschinen und **Motoren** von höchstem Nutzeffekte.
Elektrisch angetriebene Pumpen, Krane, Aufzüge, Spills, Drehscheiben, Schiebebühnen.
Elektrisch-automatische Bierdruckregler.
Spezialantriebe **für Buchdruckpressen** und **Arbeitsmaschinen.**
Revisionsstelle der Vereinigung deutscher Feuerversicherungs-Gesellschaften.
Kostenlose Ausarbeitung von Voranschlägen und Projekten.
Beste Referenzen.

W. Stavenhagen

Inhaber: W. Stavenhagen & G. Geiler
Gegründet 1879

Halle a/S.

Maschinenfabrik u. Eisengiesserei

empfiehlt auf Grund langjähriger Erfahrungen seine

Lasten-Aufzüge aller Art

für Transmissions- sowie für elektrischen Betrieb.

Feinste Referenzen.

Garantiert neue
ungerissene, gereinigte

Gänsefedern

mit Daunen versende ich in Postpaketen oder als Bahngut jedes Quantum, per Pfund

Gänseruppfedern halbweiß	Mark 1.40
„ „ Ia	„ 2.25
Gänsehalbdaunen weiß	„ 2.75
Gänsedaunen hell	„ 3.75
„ weiß	„ 4.50

geg. Nachnahme oder vorherige Zahlung. Verpackung frei. Nichtgefallendes nehme zurück. Muster auf Wunsch. Auch in gerissenen neuen Gänsefedern mit Daunen unterhalte ich großes Lager zu 2.60 und 3.00 Mark das Pfund.

Rudolf Müller
Stolp i. Pomm. No 51
Gegründet 1878.

Urin-Untersuchung

chemisch u. mikroskop., sowie
Prüfung von Auswurf
auf **Tuberkelbazillen**
fertigt gewissenhaft und billig
Apotheker **O. Krütgen,**
Königstr. 24, Ecke Merseburgerstr.

Solide Familien

erh. sämtl. Wäscheartikel, Blusen u. Kostümröcke ꝛc. in nur reeller Ware, auch auf Teilzahlung, bei
Fr. Gronau, Barfüßerstraße 16.

Neue Apotheke.

Mit Genehmigung der Königlichen Regierung habe ich heute meine Apotheke eröffnet.
Halle a. S., Wuchererstraße 10.
Richard Gröninck.

Draht-Geflechte
qm von 18 ₰ an.
Wilh. Heckert, Gr. Ulrichstr. 57.

„Wer gut sät, wird gut ernten."

— Tausendfach bewährt. —

Universal-Zukunfts-Drillmaschine

mit Unter- und Oberaussaat für Bergland und Ebene,
beste Drillmaschine für alle Getreidearten.
Exakte, mustergültig. Ausführung unter weitgehendster Garantie.
Günstige Preise und Zahlungsbedingungen.
— Spezialkatalog gratis und franko. —
Halle a. S., Landwehrstr. 19.
Vertreter unter günstigen Bedingungen **überall gesucht.**

Ein herrliches Konfirmations-Geschenk.

Paul Gerhardt, Geistliche Lieder.

Mit einer Vorbemerkung von Dr. **Arthur Ploch** und dem Bilde des Dichters.

Gebeftet 1 ℳ in Leinenband 1 ℳ 25 ₰,
in elegantem Geschenkband mit Goldschnitt 2 ℳ

Aus Anlaß der Paul Gerhardt-Feier, die in diesem Jahre in allen evangelischen Landen gefeiert ist, sind die **„Geistlichen Lieder"** in unserer Bibliothek der Gesamtliteratur soeben erschienen. Diese wohlfeile und doch schöne Ausgabe enthält sämtliche religiöse Dichtungen Gerhardts, soweit sie uns erhalten sind, in ihrer ursprünglichen Form. Besonders sei noch darauf hingewiesen, daß sich das Büchlein auch vorzüglich zu **Konfirmations-Geschenken** eignet.

Zu beziehen durch sämtliche Buchhandlungen.

Halle a. S., im März 1907. **Otto Hendel.**

Gebrüder Baensch, Dölau

bei **Halle S.**

Post- u. Eisenb.-Station. Fernruf Halle 1137.
Geschäftsbegründung 1872.

Chamotte-Fabrik-Erzeugnisse
für alle gewerblichen Zwecke, in hochfeuerfesten, hochbasischen, säurefesten Qualitäten.
Chamotte-Mörtel- u. Feuer-Zement
fertig bereitet.
Caolin- und Ton-Gruben.
Stampf-Caolin.

Hellgrau, langsam bindend und durchaus volumbeständig.
Insbesondere gut zum **Fassadenputz,** ferner auch zum Ein- und Umdecken von Dächern.
Feinste Mahlung, absolute Reinheit und grösste Erhärtungsfähigkeit bei hohem Sandzusatze.
Feinste Referenzen. Billigste Tagespreise.
Vertretungen u. Lager:
Halle u. Umgegend:
Ed. Lincke & Ströfer, Hordorferstrasse 1.
Petersberg u. Umgebung:
Wilh. Becker, Maurermeister.
Merkewitz bei Wallwitz (Saalkreis).

Fette Kalbsbraten, amtlich geliefert, Pfd. 45 ₰, empf. Grundbesitzer **Gerull,** Stubbenen bei Kaukehmen (Ostpr.).

Stickstoffkalk

mit ca. 20 % Stickstoff,
erheblich **billiger** als Chilesalpeter und **vorzüglich** in der Wirkung, geben billigst ab
Halle a. S. **Spiess & Meyer.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070316024/fragment/page=0004